

den Ansehen, als ob auch die seit einigen Tagen eingetretene in arme Bitterung die sozialdemokratische Propaganda nicht zu erschüttern vermöge. Man wird wohl damit rechnen müssen, daß im Laufe unserer wirtschaftlichen Entwicklung Ausstände und Boykotts sich immer mehr zu Machtmitteln der Arbeiterkraft auswickeln.

Stimm-, trotz alledem und alledem!

Soldatenmishandlung. Der „Saale-Ztg.“ wird aus Weimar geschrieben: Der Unteroffizier Koch von der 1. Kompanie des 94. Infanterie-Regiments, der den Soldaten Sachs so schwer mishandelt hat, wandelt nicht nur seit 6 Tagen wieder auf freiem Fuße, sondern tut seitdem auch wieder Dienst. Dies läßt sich nur erklären, wenn Koch in dem militärgerichtlichen Verfahren, das gegen ihn eingeleitet war, freigesprochen ist, was denn auch tatsächlich der Fall sein soll; wie man hört: weil er ja „nicht die Absicht gehabt habe“, Sachs zu verletzen. Wenn der Verlauf des militärgerichtlichen Verfahrens wirklich dieser gewesen wäre, und damit Vernehmen nach ist es, wie gesagt, gewesen, so wäre damit abermals ein Beweis geliefert worden, wie sehr die heute noch bestehende Militärprozedur von der bürgerlichen Rechtsprechung abweicht. Nach dem § 230 des Reichsstrafgesetzbuchs wird fahrlässige Körperverletzung, die hier bei der „mangelnden Absicht“ in Frage gekommen wäre, mit Geldstrafe bis zu 900 M. oder mit Gefängnis bis zu 2 Jahren, unter Umständen sogar, wenn der Täter zu der Aufmerksamkeit, welche er aus dem Auge leiste, vermöge seines Amtes u. besonders verpflichtet war, bis zu 3 Jahren bestraft. Inzwischen liegt der mishandelte Soldat Sachs auch heute noch schwer darnieder. Ob er wieder vom Dienst thun können, ist sehr fraglich; sehr wahrscheinlich ist es dagegen, daß er für die Zeit seines Lebens einen Schaden behalten wird.

Der staatsgefährliche Dialekt. Zur Ergänzung unserer Mitteilung im Feuilleton über die Freigabe der Weber für das Lobethaler in Breslau, teilen wir nach der „Kreuzzeitung“ noch das Folgende mit:

Der Senat erachtet die Verhältnisse des Lobethalers mit denen des Feuilletons Theaters für im wesentlichen gleichartig, weshalb damit auch für letzteres, das die Aufführung „Die Weber“ unmittelbar zu einer Störung der öffentlichen Ordnung führen werde. Er machte aber die Aufhebung des Verbots von der Erfüllung der Bedingung abhängig: zu der sich der Kläger selbst erboten nämlich, daß die Aufführung des Stückes in höchstens drei Tagen abgeschlossen werde. Nun ist es erfolgt, daß einzelne Stellen und Episoden fortgelassen wurden, sowie, daß eine Erhöhung der Eintrittspreise für die Galerie u. erfolgte.

Und dies Urteil wurde gefällt in einem Staate, zu dessen Verfassungsgrundsätzen die Gleichheit vor dem Gesetze gehört.

Als eine neue Auarichens-Zette werden in der konservativen und liberalen Presse die Herren Antijemiten Alwardtscher Richtung behandelt. Alwardts Parole lautete erst: „Gegen die Juden“, dann: „Gegen Junker und Juden.“ Jetzt hat er sie fioren erweitert und zwar dahin: „Gegen Fürsten und Paffen, Junker und Juden und das Gelbbürgerthum.“ Allen diesen Elementen kündigt er den Krieg an.

Alwardt hat im vergangenen Winter fünf Monate im Gefängnis zugebracht und hier die soziale Frage „studirt“. Das Resultat dieser Studien giebt er jetzt in seiner jetzt ersten April erscheinenden Wochenschrift, der er bezeichnenderweise den Namen „Der Bundschuh“ gegeben hat, als Erinnerung und Symbol aus den Bauernbewegungen und Bauernkriegen vom Ende des fünfzehnten und Anfang des sechzehnten Jahrhunderts. Das Wochenschrift trägt an seiner Spitze das Motto: „Wenn die Reform verarmt wird, tritt der Umsturz in Kraft!“ Und in seiner Nummer 12 enthält die Wochenschrift u. a. folgende Stelle:

Der natürliche, allerdings noch wenig entwickelte, aber auch noch unverbundene Verband der Massen besaß sich nur mit That- sächlichkeiten. Die wirtschaftliche, politische und religiöse Anordnung ist eine immer deutlicher in das allgemeine Bewußtsein getreten. Die ursprünglichen und noch jetzt ziemlich ungeschulten Massen, die Fürsten, Junker, Paffen, zu denen sich in neueren und neueren Zeiten das liberale, mit Spe- briären reichlich durchsetzte Gelbbürgerthum und Händlerthum gesellt hat, haben es an Reden nicht fehlen lassen, daß ihnen das Wohl der Massen am allermeisten am Herzen läge. Sie haben auch dadurch zu Zeiten ihren Zweck erreicht, denn zu arbeitslosen Macht- haberschaften ist eine arbeitende und unzufriedene Menge unersetz- lich. Nach und nach sind jedoch die Massen durch die in einigen Generationen gemachten thatächlichen Erfahrungen dahinter ge- kommen, daß die Sorge keine machtbahnen Gesellschaften unter- ein das Massenwohl eitel handelt und Betrag und es ihnen Elementen nur darum zu thun sei, sich ein willkürliches für sie Bette schaffendes Arbeiterthum zu erhalten.

Alwardt besitz jetzt nach Ausweis seiner Wochenschrift auch ein Programm. Es ist nicht von ihm selbst, denn dazu ist er zu unbedeutend; seine Stärke ist nur die rasche An- eignung und die demagogische Kraft der Verwertung. Alwardt ist auch nicht Sozialdemokrat geworden, sondern reli- giös, wirtschaftlich, sozial und politisch Dühringianer.

Das ist derselbe Alwardt — der Person nach — der noch bei der letzten Reichstagswahl zwei der jetzigen konservativen Wahlkreise eroberte konnte: Arnswalde und Reustettin, früher die Sitze der bedeutendsten konservativen Ver- treter, des Herrn Meyer-Arnswalde, des Bismarck'schen Fat- tons Wagner-Reustettin.

Aber bei Alwardt handelt es sich nicht einmal mehr um etwas Unerwartetes. Grade während er vor anderthalb Jahren seinen Judenhinterprophet hatte, stand er zum ersten- mal in Arnswalde zur Wahl und kam in die Stichwahl; die am 8. September 1892 im Berliner Tiwoli zur Auf- stellung ihres neuen Programms verammelten Deutschkonser- vativen brachten dem vor Gericht stehenden Manne Ovationen; bei der unmittelbar darauf folgenden Stichwahl traten ein Landrat und andere angesehene Kontervaive in öffentlichem Auftruf für Alwardt ein; nach der Wahl wurde er in Stadt und Land des Wahlkreises als Triumphtor empfangen, weislicheste Mädchen freuten ihm Blumen, Prediger und Ordswortführer hielten Anreden an ihn; und in diesem Wahl- kreise Arnswalde wurde er dann bei der letzten Reichstags- wahl wiedergewählt, obgleich er da schon im Reichstage durch mehrfache Szenen hatte zeigen können, wessen Gefeststund er sei, und obgleich er damals schon sein Anfangs bloß anti- jemitisches Programm erneuert hatte zu der Parole: „Gegen Junker und Juden.“ Und außer Arnswalde eroberte er dann auch noch Reustettin, und als er hier abgelehnt hatte, wurde Reustettin von ihm an den Antijemiten Professor

Dr. Förster überlassen, obgleich bei dieser Nachwahl die Kontervaive sogar ihren besten Redner und Agitator Söcker zur Erhaltung des Wahlkreises für sich aufboten.

Das sind Zeichen der Zeit, die verstanden sein wollen!

Für eine Versammlungsteuer schwärmt die „Kreuzzeitung“. Die sozialdemokratischen Volksversammlungen mit ihren Eintrittsgeldern, aus denen „offenbar viele sozialdemo- kratische Mitarbeiter ihre Existenz fristen“, haben's dem Auferblatt angethan.

Daß es den rationalen Freunden der „Kreuzzeitung“ weniger auf die Steuer als auf eine neue Unterbindung des Versammlungsrechts ankommt, versteht sich von selbst. Des- halb sind diese Ausführungen als Zeichen der Zeit zu regi- strifizieren. Von den sozialdemokratischen Volksversammlungen mit ihren hohen Loskosten und winzigem Entree kann kein Mensch leben. Wohl aber kann man das von den anti- jemitischen Volksversammlungen sagen, in denen vielfach Entrees von 50 Pf. erhoben werden.

Die Polizeiverwaltung zu München — laut amtlichem Inzerat in der „Münch. Post“ — den unab- hängigen politischen Verein Diskutierklub „Frei Wort“ auf Grund des bayerischen Vereinsgesetzes geschloffen.

Zur Affaire Pfäfer wird aus Ulm gemeldet: Der Antrag des Landgerichtsrats Pfäfer auf Siftierung des Disziplinarverfahrens wegen der Professur über Willibald Hg unter Verweisung zur Beurteilung vor einem außerrürttembergischen Gericht wurde abgelehnt.

Deutsches Geld in aller Welt. Einem kürzlich in Leipzig erschienenen finanzpolitischen Werke über die in der Zeit von 1882—1892 in Deutschland zur Emiffion ge- langten ausländischen Anleihen entnimmt das „Hamburger Fremdenblatt“, daß von 20,7 Milliarden solcher Auslegungen 5,3 Milliarden mit deutschem Stempel versehen, also in Deutschland untergebracht worden sind. An Argentinischen Werten wurden 301.396.518 M. aufgelegt, 180.119.538 M. abgestempelt, Brasilianischen 520.000.000 Mark aufgelegt, 14.461.000 M. abgestempelt, Chinesischen 30.927.840 M. aufgelegt, 12.350.790 M. abgestempelt, Chinesischen 5.000.000 Mark aufgelegt, 5.000.000 M. abgestempelt, Griechischen 568.288.000 M. aufgelegt, 210.267.920 M. abgestempelt, Mexikanischen 474.293.200 M. aufgelegt, 200.112.436 M. abgestempelt, Rumänischen 560.667.455 Mark aufgelegt, 284.778.925 M. abgestempelt, Serbischen 147.816.000 M. aufgelegt, 57.541.558 Mark abgestempelt, Portugiesischen 487.780.200 M. aufgelegt, 298.337.060 M. abgestempelt. Allein das an den Staatsbankrotten in Argentinien, Portu- gal und Griechenland beteiligte deutsche Kapital beläuft sich demnach auf mehr als 680 Millionen M. Nun weiß man doch, wo das Geld bleibt. Es behältigt seinen internationalen Charakter.

Wegen Hochverrats wurden in Prag am Dienstag zwei Handelschüler zu 4 bzw. 5 Jahren schweren Kerkers, am Mittwoch ein 15-jähriger Jüdenbubenverleumdung zu 3 Jahren Gefängnis verurteilt. — Folgen des Ausnahmezustandes!

Die italienische Kammer hat, wie dies ja voraus- zusehen war, den von Crispi einbrachten Gesetzentwurf, betreffend die Explosivstoffe, in erster und zweiter Lesung angenommen, ebenso hat der Kammerauschuß die Vor- lagen betreffend die Verschärfung der Strafen für Auf- reizung in der Presse und Verherrlichung der Ver- brechen, und betreffend den erhöhten Schutz öffentlicher Sicherheit, gutgeheißen. Diese beiden Vorlagen werden am Donnerstag oder Freitag in der Kammer zur Verhandlung kommen und jedenfalls, wenn auch unter heftiger Opposition der vernünftigeren Elemente, zur Annahme gelangen. Die Befestigung des Sozialismus dürfte Crispi auch mit all' diesen Ausnahmegesetzen nicht gelingen. Die Kammer wird in wenigen Wochen in Ferien gehen und was bringen die Ab- geordneten ihren Wählern mit? Nichts als die Gewißheit neuer Lasten, denn daß das vorige Woche angenommene Finanzgesetz eine Mehrbelastung auf sämtlichen Gebieten bringt, wird selbst von den Urhebern des Gesetzes zuge- standen. Wie wird das hungernde Volk diese Mehrbelastung tragen?

Stambulow ex est. Gegen Stambulow wird jetzt die Macht, die in andere Hände übergegangen ist, ausge- spielt. Die Drucker seines Blattes, der „Svoboda“, wurde konfiszirt, weil sie, er betreibt dies freiwillig, aus nicht zurück- gezahlten staatlichen Geldern angehoft wurde. Und nun will man ihn auch in Anlagenzustand versetzen. Mehrere angelegene Advokaten erziehen ihn öffentlich, bulgarischen Bürgern losstrenke Klagen gegen die frühere Regierung und deren Organe wegen Amtsmissbrauchs, Mißhandlungen und anderer Ungerechtigkeiten durchzuführen. Das sind diesen Klagen genommene Material für die Verurteilung Stambulow oder Stambulows allein in den Anlagenzustand vorkchlagen zu können.

Die Stambulowwirtschaft der Polizei des „ehren- werten“ New-Yorker Gelbjack-Bürgerthums wird, wie wir kürzlich mitteilen, gegenwärtig unter ein besonderes Komitee untersucht. Je länger dieses sogenannte Legow- Komitee arbeitet, desto abgüchlicher Dinge kommen zum Vorschein. Es wird darüber von dort unterm 20. Juni geschrieben:

Aus den Aussagen in der gerichtlichen Sitzung geht hervor, daß auch ein Richter der Genosse von Verbrechern und Spitzbuben gewesen ist und, was das Schlimmste, dieser Mann, der eben- wie der nach Garay abgeleitete Überwältigung von Zammann, Rich. Croker, irischer Abkämpfung ist, jetzt heute noch in Polizei- gerichte und spricht Recht. Die Entrüftung hierüber kommt zwar in der Presse und in den Reden von Politikern zum Aus- druck, aber die große Masse der Bevölkerung kann sich nicht zu bestimmten Urtheilen gegen das schändliche Treiben anlassen. Für viele sind diese Enttüllungen nur ein willkürliches poli- tisches Agitationsmittel. Die Republikaner haben bekanntlich seit Jahren gegen die ungeheure demokratische Lebermachi der Zammann in dieser Stadt angefaßt, aber vergebens. Die Umwäl- zungen des letzten Jahres brachten die Republikaner in Staats- komitee arbeitet, desto abgüchlicher Dinge kommen zum Vorschein. Es wird darüber von dort unterm 20. Juni geschrieben:

Beto belegt, denn er ahnte, was kommen würde, und auch Grater, der Landeshauptmann, ist bei Zeiten aus. Die Republikaner, welche hinter dem Legowmittel stehen, werden die Enttüllungen in der Wahlkampagne verwerten, um die demokratische Mehrheit in eine Wünderheit zu verwandeln und dann selbst aus Wünder zu kommen. Ein Erfolg ist heute den Republikanern sicher, wenn sie die verschiedenen Vorkommissionen der verschiedenen ge- glauten Wählerkreise auflassen — gemeinen Bürgermeisterei- daten aufstellen. Im übrigen dürfte auch die Stadt selbst von der Unterlegung einigen Nutzen haben, denn eine Anzahl der ärghen Persönlichkeiten, Folgebeamt, Richter und darunter leider auch einige Deutsch-Amerikaner, müßten aus dem Dienst entsetzt werden.

In Nordamerika wird die Sache kritisch. Aus Chicago wird vom Dienstag telegraphisch gemeldet: Der Aus- stand der Eisenbahner gewinnt an Ausdehnung; der Eisenbahnverkehr ist vollständig lahm ge- legt. Eine zahlreiche Truppenmacht, aus Infanterie, Kavallerie und Artillerie bestehend, soll sich von Fort Sheridan nach Chicago begeben, um dem Verrete des Bundes- gerichtes, welches den Streikenden die Befestigung der Eisen- bahnhänge unterlag, Achtung zu verschaffen. Nach der neuesten Nachricht vom 4. Juni, verlautet: Der Ausfall der Ausständigen, Debs, erklärte, am Sonnabend würde eine alle Beteiligten betriebsende Regelung der Streitpunkte zu- stande kommen. Eine Zusammenkunft der Vertreter der Streikenden und der Gesellschaften fände wahrscheinlich am Donnerstag statt.

Parlamentsnachrichten.

Der Vorbericht der aus sieben Mitgliedern bestehenden Be- schneide- und Reformkommission des Franzfurter Partri- kums „Vollstimmte“ hatte sich unter der Annahme des Veretens gegen das Veretensgesetz in der Revisionsinstanz vor dem Straf- senat des Kammergerichts zu verantworten. Derselben war, weil er mehrere „Verordnungen“ der Kommission nicht vorher der Polizeibehörde angezeigt hatte, von letzterer ein Strafmandat in Höhe von 20 M. ausgegangen, wegen er richterliche Entscheidung beantragte. Das Schöffengericht erachtete die Arbeit zum Erlaß der betreffenden Verfügung nicht für zulässig und erkannte auf Einstellung des Verfahrens. Die Strafantrag war in dieser Beziehung gegenwärtig Anstand, sprach aber gleichwohl den An- gelagten frei, indem sie in Betracht nahm, daß nicht erwiesen, wann und ob überhaupt innerhalb der letzten drei Monate jene „Verordnungen“ stattgefunden, und dann thatschäftig feststellte, daß es sich gar nicht um Sitzungen eines Veretens oder einer Versamm- lung im Sinne des Veretensgesetzes gehandelt habe. Die hiergegen eingeleitete Revision der Staatsanwaltschaft, welche die betreffenden Verordnungen als Veretenssituationen oder Versammlungen hinstellen wollte, wurde nach dem Antrag der Oberstaatsanwaltschaft vom Strafsenat des Kammergerichts zurückgewiesen. In Rück- sicht auf die erwählte thatschäftige Feststellung des Vorderrichters erübrigte sich — so wurde ausgeführt — ein Eingehen auf die Frage, ob es sich hier um Veretens-Versammlungen gehandelt habe, von dem Schöffengericht des Oberveretensamts. Der Antrag des künftigen Staatsanwalts auf Eröffnung des Haupt- verfahrens gegen den Reichstagsabgeordneten Rod u. Götze wegen Lebertrugung gegen § 300 I M. St. G. B., begangen durch Verbreitung eines „Arbeiter-Parlaments“ über die in den Flüg- blättern abgelehnt. Zu der Beschäftigung der in demselben ent- haltenen Aufzählung, so lange der Streik in Wuz dauert, die anderen Schuwaren Verkaufsgeschäfte und Schuhmacherwerkstätten in Dalberstadt mehr als das Schulwahrenvergehen von Tod u. K. in Dalberstadt zu berücksichtigen, konnte das Amtsgericht die Ver- eibung grober Unthat nicht erwidern.

Ein kleiner Arbeiterprolet fand am Mittwoch vor der Strafkammer in Raumburg Platz. 21 Arbeiter aus Raumburg waren von dortigen Schöffengerichte bestraft worden, weil sie als Mit- glieder des Arbeiter-Bildungsvereins ein „genüßliches Besammeln“, auch mit ihren Frauen, veranstaltet haben und 100 Pf. von dem Arbeiter-Ausschuß nicht ausbezahlt er- gangen waren. Seine wurden sie freigesprochen, weil die Zusammenkunft keinen politischen Charakter gehabt habe.

Sozialpolitisches.

„Na, dann hungern sie eben!“ In der letzten Stadtverordnetenversammlung in Spandau stand ein von den zehn Arbeitervertretern eingebrachter Antrag folgenden Inhalts zur Beratung: Bei Unternehmung resp. Vergabung städtischer Arbeiten ist den Annehmern die Verpflichtung aufzuerlegen, den Hilfsarbeitern den ortsbüchlichen Tagelohn von 2,50 M. und den Handwerkern oder gelernten Arbeitern der zu ermittelnde Durchschnittssatz als Lohnminimum auszusprechen. Dieser an sich beschäbende und doch gewiß nicht nach dem vernünftigen „Zufunfts- stand“ reichende Antrag rief bei den bürgerlichen Stadträtern eine Aufregung und Entrüstung hervor, wie sie seit langem in der Spandauer Stadtverordnetenversammlung nicht erlebt worden ist. Alles, was an philistinerischen Argumenten herorgegürtet werden konnte, wurde herbeigeschafft, um die Arbeiterver- treter mit ihrem unflüchtigen Antrag geistig zu vernichten. Einer besonders hervorragenden Deutete des Span- dauer Freiwilts war es nach eigenem naiven Gefühlsmaß an- fänglich genügt, müßig, Sinn und Zweck des Antrags zu begreifen. Eigentlich, so meinte dieser scharfsinnige Kopf, müßten die „Arbeitgeber“ weit eher gegen unverschämte Lohnforderungen geschützt werden. Wenn es mit rechten Dingen zugehe, so führte der Herr Freiwiltsmann weiter aus, so sollten die Arbeiter dann auch gezwungen werden, stets für den gleichen Lohnsatz zu arbeiten. Dem Stadtverordneten und Tischlermeister Fischer aber war es vordeshalb, dieser ganzen Weisheit die Krow aufzulösen. „Nun, dann hungern sie eben“, meinte der Herr Ge- lassen, als der Vertreter die Notwendigkeit einer Minimal- grenze mit dem Hinweis darauf motivierte, daß zum Teil Löhne von 18 und 20 Pf. pro Stunde gezahlt würden, Löhne, bei denen der Arbeiter, trotzdem er beschäftigt sei, thatschäftlich mit seiner Familie verhungern muß! Natürlich fiel der sozialdemokratische Antrag durch. Das gleiche Schicksal traf denn auch einen andern von den Arbeiterver- tretern gestellten Antrag, die Wahl einer gemischten Kom- mission zur Unterlegung der Arbeitslosigkeit und des Not- standes am Ort betreffend. Ist es bei solcher Art Firtologie für die Hungernden ein Wunder, daß der Sozialdemokrat auch in Spandau immer neue begeistertere Anhängerschaften aufzutreiben?

Die Ausnahme von Bibelversen zu Reklame- zwecken wird in dem anti-jemiten-pietistischen „Wächter unterm Kreuz“, dem Blatte des „Hausvaters“ Rühmer in Alt-Zahagen, eifrig betrieben. Zu diesem frommen Organ ist nachfolgendes Inzerat enthalten:

Allen Wächterleserinnen empfehle gemäß 1. Tim. 2, 9 ein einfaches Kleid, 7 Meter doppeltbreiter Stoff, zu 8 8

